

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 31.01.2008
Sitzung Nummer:	28 (KT/28)
Sitzungsdauer:	17:01 - 18:27 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzende/r

Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Lothar Riedinger

Mitglieder

Arnold Bausemer

Ralf Bergmann

bis 18.05 Uhr

Ralf Berlin

Dieter Bolle

Gerhard Borstell

Edith Braun

Jürgen Emanuel

Arno Felser

Marcus Graubner

ab 18.00 Uhr

Petra Hoffmann

Gerhard Imig

Horst Janas

Dr. Manfred Kessel

Brigitte Klemm

Uwe Klemm

Rüdiger Kloth

ab 17.10 Uhr

Lothar Krater

Katrin Kunert

Bernd-Otto Leunig

Dr. Klaus-Jürgen Mörs

Klaus-Peter Noeske

Dr. Rudolf Opitz

Christine Paschke

Dr. Helga Paschke

Bernd Prange

bis 18.00 Uhr

Günter Rettig

Detlef Schattke

Gerd Schlaak

ab 17.12 Uhr

Waldemar Schreiber

Hans-Joachim Seeger

Eduard Stapel

Dr. Volker Stephan

Eckhard Stern

Bodo Strube

Eike Trumpf

Bärbel Voigt

John Völtzke
Carsten Wulfänger
Peter Zimmermann

Abwesend:

Mitglieder

Fritz Düsedau
Dr. Michael Kühn
Wolfgang Kühnel
MR Dr. Volkmar Lischka
Wolfgang Peller
Detlef Radke
Norbert Tanne

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Einwohnerfragestunde
 - 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 27. Sitzung des Kreistages Stendal am 20.12.2007
 - 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 27. Sitzung des Kreistages am 20. Dezember 2007
 - 6 Feststellungsbeschluss- Ausscheiden von Frau Berbel Wischer
Vorlage: 381
 - 7 Abwahl und Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern des
Vorlage: 386
 - 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 380
 - 8.1 Antrag SPD-Fraktion: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, hier: Winkelmann-Museum Stendal - freier Eintritt für
Schulklassen
Vorlage: 380/1
 - 9 Namensänderung für das Diesterweg- Gymnasium Tangermünde, Lindenstr. 44, 39590
Tangermünde
Vorlage: 383
 - 10 Namensänderung für die Ganztagschule - Sekundarschule Stendal, Blumenthalstraße 40
Vorlage: 384
 - 11 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2004/05 bis 2008/09 für
den Landkreis Stendal - Förderschule für Lernbehinderte "Dr. Albert Steinert" Messdorf
Vorlage: 385
 - 12 Wappennutzung durch den Altmärkischen Gehörlosenverein Stendal
Vorlage: 382
 - 13 Vorbereitung der Wahl der/des 2. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 387
 - 14 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.01 Uhr die 28. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Anfragen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 18. Januar 2008,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 40 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste),
- die Tagesordnung.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 27. Sitzung des Kreistages Stendal am 20.12 2007

Beim Kreistagsvorstand und beim Landrat sind keine Einwände gegen die Niederschrift eingegangen. Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende des Kreistages den öffentlichen Teil der Niederschrift der 27. Sitzung des Kreistages Stendal am 20. Dezember 2007 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 27. Sitzung des Kreistages am 20. Dezember 2007

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss (DS-Nr. 375) der 27. Sitzung des Kreistages am 20. Dezember 2007 bekannt.

zu TOP 6 Feststellungsbeschluss- Ausscheiden von Frau Berbel Wischer Vorlage: 381

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage Drucksache Nr. 381.

zu TOP 7 Abwahl und Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern des Vorlage: 386

Der Vorsitzende schlägt zur Vorlage eine offene Wahl vor.

Dagegen erhebt sich seitens des Kreistages kein Widerspruch.

Der Kreistag beschließt einstimmig in offener Wahl die Drucksache Nr. 386.

**zu TOP 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 380**

Durch den Landrat erfolgt die Einbringung des Haushaltsplanes 2008: Wie in den zurückliegenden Jahren zuvor ist dem Kreistag ein Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2008 vorgelegt worden. Es muss auch diesmal wieder konstatiert werden, dass der Verwaltungshaushalt nicht nur ein Defizit, sondern in diesem Fall sogar ein erhebliches Defizit aufweist. Der strukturelle Fehlbetrag beträgt insgesamt 9,85 Mio. €. Wenn ich sage erheblich, dann hauptsächlich deshalb, weil in unserer Mittelfristigen Finanzplanung ein Defizit von ca. 5,33 Mio. € vorgesehen ist. Das ist eine schwierige Situation. In den Budget-Berichten zum III. Quartal haben wir noch konstatieren können, dass aufgrund von zusätzlichen Einnahmen im Rahmen des FAG durch zusätzliche Steuereinnahmen des Landes unser geplantes Defizit für das Haushaltsjahr 2007 sich verringern wird. Das ist vielleicht auch die einzige positive Botschaft, die man heute hier rüber bringen kann. Gegenüber einem geplanten Defizit im Haushaltsjahr 2007 von 10,13 Mio. € haben wir nach dem vorläufigen Ergebnis des Haushaltsplanes 2007 nur ein Defizit von 6,5 Mio. €. Auch das relativiert sich gleich wieder, weil wir aufgrund der Budget-Entwicklung und der nachträglichen Konsolidierungskonkretisierung aus dem letzten Jahr dieses im wesentlichen schon in die Konsolidierung einfließen lassen haben, um eine der Auflagen aus der Genehmigung 2007, den Ausgleich bis 2015 hin zu bekommen, damit zu erfüllen.

Woran liegt es, dass wir diesen relativ großen Anstieg im Defizit des Verwaltungshaushaltes zu verzeichnen haben? Hier sind hauptsächlich die Kosten der Unterkunft zu nennen. Wir gehen in unseren Planungen weiterhin von einem Gesamthaushaltsansatz von 35,1 Mio. € aus. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich zwar im zurückliegenden Jahr reduziert, aber aufgrund der erhöhten Energiekosten ist die Gesamtsumme so geblieben. Und da es vor gut einem Jahr eine Festlegung des Bundes gegeben hat, dass man sich an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften orientiert, haben wir hier für dieses Jahr eine Mindereinnahme von rund 0,9 Mio. €. Alle Gespräche, Interventionen usw. über Bund und Länder haben nichts gebracht. Der Bund beruft sich auf diese Abmachung zwischen ihm und den Ländern von vor gut einem Jahr. Jetzt müssen wir mit diesem Umstand in unserer Haushaltsplanung umgehen.

Wir haben des weiteren die Problematik Ausgaben ÖPNV mit einer erhöhten Ausgabe von rund 1 Mio. €. Im letzten Kreistag hatte ich es ja schon dargestellt. Selbst wenn man gegen hält, dass wir bei den Schülerbeförderungskosten aufgrund der demographischen Entwicklung rund 300 T€ weniger Ausgaben haben, bleibt, wenn man es im Zusammenhang betrachtet, immerhin noch ein zusätzliches Defizit gegenüber 2007 von rund 700 T€

Veranschlagt wurde eine Erhöhung der Ausgaben für den Kassenkredit von rund 0,5 Mio. €. Die Ursachen dafür sind die weitere Inanspruchnahme des Kassenkredites und der erhöhte Zinssatz.

Derzeit ist im Plan eine Mehrausgabe für Personalkosten von 0,8 Mio. € vorgesehen. Diese Zahl ist ja noch mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Wenn man diese 0,8 Mio. € einmal anders darstellt, dann ist eine Tarifsteigerung von 3 % vorgesehen. Hier haben wir eine relativ komplizierte Situation. Seit dem 1. Januar d. J. gibt es den ersten Teil der Ost-West-Anpassung. Das wurde schon vor ca. 3 Jahren zwischen den Tarifvertragsparteien für einen Teil der Vergütungsgruppen, die sogen. niedrigeren Vergütungsgruppen, ausgehandelt. Die anderen Vergütungsgruppen sind dann in genau 2 Jahren dran. Die Arbeitgeberseite hat in der zweiten Verhandlungsrunde in der letzten Woche ein Angebot von 5,5 % vorgelegt. Zugegeben - verteilt und gestreckt über einen gewissen Zeitraum. Aber letztendlich sind es 5,5 %. Die Arbeitnehmerseite hat dieses Angebot als Zumutung zurückgewiesen. Ich finde das schon erstaunlich. Wir von der Arbeitgeberseite sind so herangegangen, ein konkretes Angebot mit noch anderen Dingen, wie Arbeitszeit usw., was aber hauptsächlich die Westländer betrifft, vorzulegen, um nach Möglichkeit relativ schnell zu einem Ergebnis zu kommen und nicht die üblichen Rituale der letzten Jahre zu wiederholen. Aber nach dieser Ablehnung wird es wohl so sein, dass da noch einige Wochen, wenn nicht Monate, verhandelt wird. Man hört auch immer wieder heraus, dass die Gewerkschaften nicht davor zurückscheuen, evtl. in einen Streik zu treten. Wenn man das mal so betrachtet mit unseren 3 % über das ganze Jahr gerechnet und mit diesem Angebot von 5,5 % und das verteilt, dann hätten wir mit unserer Planzahl gar nicht so schlecht gelegen. Die Ursprungsforderung der Gewerkschaft beträgt 8 %, und nach Möglichkeit rückwirkend zum 1. Januar. Das ist schwierig zu verantworten und zu vertreten.

Als weitere wesentliche Ausgabeposition haben wir den gesamten Komplex Gebäudeunterhaltung. Wenn Sie den Vorbericht gelesen haben, kann man hier erfreulich konstatieren, dass wir die Einnahmen einerseits ein Stück weit steigern konnten und auf der anderen Seite die Ausgaben trotz erhöhter Energiekosten auf den gleichen Level geblieben sind.

Eine weitere wichtige Haushaltsposition sind die Kinder- und Jugendhilfeleistungen. Hier haben wir in 2007 ein Ausgabeansatz von 8,15 Mio. € und für 2008 einen Planansatz von 7,94 Mio. €. Ich verrate Ihnen kein großes Geheimnis, wenn wir diese geringfügige Unterschreitung des letztjährigen Ansatzes hauptsächlich durch demographische Entwicklungen zu verbuchen haben. Ansonsten sind die Probleme im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ja nicht weniger geworden. Im Gegenteil. Die Situation ist nach wie vor schwierig, und wir versuchen, gemeinsam mit unseren Mitarbeitern und gemeinsam mit dem Ausschuss, dieser Situation Herr zu werden.

Zur Problematik Kreisumlage: Die Festsetzung der Kreisumlage ist für das Haushaltsjahr 2008 mit einer absoluten Höhe von 26.675.000 Euro vorgesehen. Diese Höhe entspricht der mittelfristigen Finanzplanung 2008 und ist gegenüber dem Haushaltsjahr 2007 um 632 T Euro höher. Der Hebesatz verändert sich von 45,22 v. H. auf 43,06 v. H. der Bemessungsgrundlagen.

Uns liegen seit einigen Tagen die internen Vergleichszahlen und –sätze der Landkreise innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt, die über unseren Landkreistag erstellt werden, vor. Demnach hat der Landkreis Stendal den geringsten Umlagesatz, wobei es schwierig ist, tatsächliche Vergleiche zu schließen. Mit der jetzigen Zahl des Prozentsatzes von 43,06 liegen wir bei 207 €/Einwohner. Der Landesdurchschnitt liegt bei 257 €/Einwohner und unsere Salzwedeler Kollegen bei 236 €/Einwohner. Man muss aber auch sagen, dass zwar die Unterlagen des Landkreistag jetzt komplett sind, aber nach nochmaliger Rücksprache es so ist, dass einige Landkreise ihren Haushalt natürlich noch nicht beschlossen und eine außergewöhnlich hohe Herangehensweise haben, wo man dann bezweifeln darf, ob das dann auch so umzusetzen ist. Man hat dann den Eindruck, dass andere Landkreise bei der Festsetzung der Zahl nicht so herangegangen sind wie wir, zumindestens im Haushaltsplanentwurf.

Bei der Gesamtausgabe KdU hoffen wir, dass wir bei 35,1 Mio. € bleiben. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir allerdings eine Reduzierung vorgesehen. Hier schätzen wir im Moment ein, dass wir den Gesamthaushaltsansatz nicht einhalten können und man damit auch die Konsolidierung an diesem Punkt in Frage stellen muss.

Zum Vermögenshaushalt: Hier sind in den Einnahmen und Ausgaben 19,4 Mio. € vorgesehen. Das ist eine gewaltige Zahl, aber da spielen ja diese ganzen Fragen der Finanzwirtschaft eine Rolle. Wichtig sind die Zahlen, wo wir tatsächlich investieren bzw. unsere Kreditaufnahme. Der jetzige Entwurf sieht eine Kreditaufnahme von rund 1,2 Mio. € vor, bei einer Tilgung von rund 1,4 Mio. €. Beim defizitären Verwaltungshaushalt soll ja die Neuverschuldung nicht höher sein als die Tilgung. Im Entwurf sind wir sogar etwas darunter geblieben, weil die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Aufsichtsbehörde immer noch mal eine Zahl angesetzt hat. Man hat uns zwar nicht direkt rein geredet, aber bei einer gewissen Höhe ist die Unabweisbarkeit in Frage gestellt worden. Und das hat in den letzten zwei Jahren dazu geführt, dass wir zusätzlich einen Kreistag durchführen mussten, um diese Reduzierung dann auch per Beschluss zu untersetzen.

Als Maßnahmen für Schulen sind insgesamt 3.022 € vorgesehen, plus 177 T€ für spezielle ADV, also Computer-Ausstattung und Informationstechnologie für die Schulen. Schwerpunkte werden die weitere Vorbereitung unserer großen Vorhaben in Osterburg und in Havelberg sein. Gewisse Vorplanungen und Planungen laufen zur Zeit. Der Kultusminister hat nächste Woche zu einer Beratung eingeladen, in der nun endgültig das neue Förderprogramm vorgestellt werden soll. Seitens der EU-Kommission ist es wohl genehmigt. In diesem Jahr werden wir noch keine großen Investitionen bzw. eigentlichen Bauleistungen durchführen. Wir wollen und sollten aber die Zeit nutzen, weitere Planungen und, wenn erforderlich, Genehmigungen voranzutreiben, um dann spätestens im nächsten Jahr richtig zu beginnen.

Als weiteren Schwerpunkt im Bereich Gymnasium läuft die Maßnahme im Hildebrand-Gymnasium Stendal. Das Hildebrand-Gymnasium hat ja in den Fachausschüssen auch schon eine Rolle gespielt. Hier ist eine Summe von 300 T€ plus x vorgesehen. So ist es auch in den Ausschüssen beraten worden. Inhaltlicher wesentlicher Schwerpunkt ist die Elektroinstallation in den Seitenflügeln mit anschließender malermäßiger Instandsetzung und nach dem Besichtigen durch die beiden Fachausschüsse zusätzlich noch die Trockenlegung von Räumen.

Damit ist wahrscheinlich auch noch nicht alles abgeschlossen, aber mit den genannten Schwerpunkten trifft das wohl den Kern.

Für den Bereich Stendal ist als Maßnahme die LB-Schule mit 255 T€ vorgesehen. Hier ist erfreulich, dass wir einen wesentlichen Teil der Summe von der Stadt Stendal zur Verfügung gestellt bekommen. Das Förderprogramm Stadtumbau läuft schon das zweite Jahr. Im wesentlichen ist die LB-Schule in den letzten Jahren innen saniert worden. Mit den Mitteln, die wir von der Stadt Stendal zur Verfügung gestellt bekommen, wollen wir hauptsächlich die Außensanierung bzw. das Umfeld gestalten.

Im Bereich des Straßenbaus sind insgesamt 1,66 Mio. € vorgesehen. Hier haben wir den etwas glücklicheren Umstand, auf rund 722 T€ Fördermittel zurückgreifen zu können, hauptsächlich auf GVFG-Mittel. Größter Brocken ist die Fertigstellung des letzten Bauabschnittes auf dem AIG-Gelände. Im letzten Jahr musste die Maßnahme noch mal hinaus geschoben werden. Sie muss aber dieses Jahr zu Ende gebracht werden. Hier fließen hauptsächlich Fördermittel, sodass es für unsere Haushaltsbelastung kein großes Problem ist. Als weitere Maßnahme steht die Fertigstellung der Brücke in Seehausen an. Hier ist es aufgrund der Witterungseinflüsse und anderer Probleme zu Bauverzögerungen gekommen. Trotzdem ist man optimistisch, dass die Fertigstellung der Brücke in diesem Jahr abgeschlossen wird. Zudem sind noch einige Mittel für weitere Vorbereitungen/Planungen vorgesehen. Im Haushaltsansatz sind Mittel vorgesehen, wo wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die eine oder andere Gemeinschaftsmaßnahme in der üblichen Art und Weise durchführen.

Zum weiteren Ablauf für die nächsten Wochen: Vorgesehen ist, den nächsten Kreistag am 27. März durchzuführen. Hier hoffen wir, zu einem Beschluss des Haushaltsplanes zu kommen. In der Zwischenzeit – in den 8 Wochen – wollen wir gemeinsam mit Ihnen in der üblichen Art und Weise versuchen, das eine oder das andere zu erörtern und zu diskutieren. Ich verrate natürlich auch kein großes Geheimnis, dass es aufgrund der Situation keine großen Handlungsspielräume mehr gibt. Insofern hat in den letzten Wochen eine Rolle gespielt, inwieweit eine Verfassungsklage eingereicht werden soll. Im März letzten Jahres haben wir einen Grundsatzbeschluss gefasst, den übrigens alle Landkreise gefasst haben, zu prüfen, inwieweit eine Verfassungsklage angebracht ist. Unser Augenmerk fiel seinerzeit auf den Entwurf des neuen FAG, in dem keine Verbesserungen zu sehen waren. Die Landesregierung hat dann diesen Entwurf zurückgenommen. Im Dezember letzten Jahres wurde durch den Landtag das Haushaltsbegleitgesetz beschlossen, mit der hauptsächlichlichen Veränderung für uns, dass die bisherigen Mittel, die wir aufgrund des Aufnahmegesetzes erhalten haben, gestrichen wurden. Dadurch ist eine Mindereinnahme von 1,8 Mio. € zu verzeichnen, die neben der Reduzierung des Bundes von 0,9 Mio. € im wesentlichen zu dieser Verschärfung der Finanzsituation beiträgt. Unter diesen Bedingungen wird der Entwurf unserer Mittelfristigen Konsolidierung Makulatur sein, und wir werden dort einen Ausgleich bis zum Jahr 2016 nicht darstellen können. Frau Möhlmann hat in üblicher Weise in der letzten Woche ein erstes Gespräch mit der Genehmigungsbehörde geführt. Da ist im Moment relativ große Zurückhaltung angesagt, was nicht anders zu erwarten war. Ich werde auf alle Fälle in den nächsten Tagen noch einmal ein Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter führen, dass man zumindestens, was das Verfahren betrifft, noch ein bisschen mehr Klarheit bekommt.

Der Geschäftsführer unseres Landkreistages hatte zur Klageproblematik vor einigen Tagen Gespräche mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages geführt. Dort sind die bisherigen Verfassungsklagen aufgelaufen bzw. der Deutsche Landkreistag hat sie im Auftrag des jeweiligen Landkreises oder mehrerer Landkreise geführt. Er hat mir zugesichert, dass in der nächsten Woche eine entsprechende Stellungnahme von Herrn Prof. Henneke vorliegen wird. Wir werden Mitte Februar im Präsidium des sachsen-anhaltinischen Landkreistages und Anfang März in der Finanzausschusssitzung die Thematik intensiv erörtern mit dem Ziel, Ihnen dann spätestens am 27. März ein entsprechendes Ergebnis oder einen entsprechenden Beschluss vorzulegen, der mich dann ermächtigen würde, gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag eine solche Verfassungsklage zu führen.

Das waren im wesentlichen die Eckzahlen des Haushaltsplanentwurfes 2008. Es sieht nicht so sehr hoffnungsvoll aus. Trotzdem meine ich, sollten wir in der üblichen Weise in den nächsten Tagen und Wochen in eine konstruktive und sachliche Diskussion treten, sowohl in den Fachausschüssen als auch in den Fraktionen.

Frau Kunert bemerkt, dass kürzlich eine große Anfrage an die Bundesregierung zur Lage der Kommunen gestellt worden ist. Inzwischen liegt die Antwort vor. Zwei Antworten möchte ich hier zur Kenntnis geben.

Eine Frage war, welche Möglichkeiten die Bundesregierung zur Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten für die Kommunen sieht, ohne zusätzliche Belastung des Bürgers. In der Antwort heißt es dazu: Eine von den Kommunen immer wieder geforderte Mittelumverteilung von Bund und Länder auf die kommunale Ebene scheidet aus, weil diese aus deren Steuereinnahmen zu finanzieren und somit auch vom Bürger aufzubringen sind.

In einer zweiten Frage geht es um die Investitionstätigkeit. Die Bundesregierung soll einschätzen, wie sich die Investitionstätigkeit seit 1998 entwickelt hat. Sie geht in keinsten Weise darauf ein, dass bis 2005 die Investitionstätigkeit der Kommunen rapide nach unten gegangen ist und das selbst heute viele Städte und Gemeinden noch nicht in der Lage sind, ihre Infrastruktur durch wirksame Investitionen wieder auf Fordermann zu bringen. Man verweist auf den Artikel 28 Absatz 2 im Grundgesetz. Hier steht eindeutig drin, dass die Kommunen sich selbst verwalten sollen, auch mit dem genügenden Geld. Wir haben die Bitte an den Landrat, dass man an den Deutschen Landkreistag heran geht und auch eine Verfassungsklage auf Bundesebene erhebt, denn es ist überhaupt nicht zu erkennen, dass wir in den nächsten Jahren aus eigener Kraft aus diesem Defizit heraus kommen. Das, was wir hier haben, das sind strukturelle Probleme. Der Landrat hat hier selber die Kosten der Unterkunft aufgeführt. Sie kennen den jährlichen Hickhack, dass der Bund sich zurückziehen will und wie sich über Jahre unser Defizit aufstocket. All diese Dinge müssen grundsätzlich geklärt werden. Wir können hier Haushalte verabschieden und wir können dann natürlich im Nachhinein, damit wir den Haushalt genehmigt bekommen, auch Konsolidierungsprogramme malen, die überhaupt nicht das Papier Wert sind, auf dem sie stehen. Das hatten wir alles schon. Ich habe beim letzten Konsolidierungsprogramm hier etwas gewettert, weil z. B. der Rückzug des Bundes aus den Kosten der Unterkunft schon seit Monaten im Haushalt stand und wir jetzt daran zu knappen haben.

Sie wissen, dass es derzeit die Föderalismuskommission II gibt. Das heißt, die Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern soll geregelt werden. Die Kommunen fehlen völlig. Also wäre die nächste Bitte an den Deutschen Landkreistag, dass man mit etwas mehr Nachdruck endlich das Konnexitätsprinzip in dieses Grundgesetz einfordert. Die Oppositionsfraktion bemüht sich darum. Ich verzichte jetzt mal darauf, dass wir auf Landes- und Bundesebene eine große Koalition haben. Aber ich denke, hier unten vereint uns auch wieder der Wunsch, mal wieder mit einem ausgeglichenen Haushalt zu arbeiten.

Ich will noch zwei Dinge ansprechen, die zumindest im KVPA eine größere Rolle gespielt haben. Einmal ist es die Entwicklung der Personalkosten. Es ist völlig legitim, dass Gewerkschaften und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mal darauf hinweisen, dass sie eine Gehaltserhöhung bekommen möchten. Das ist Usus in Deutschland. Und eines darf aus unserer Sicht nicht passieren: sowohl uns als auch den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen tut es weh, weil wir vor der Situation des Haushaltes genau wissen, es geht wieder ein großes Stückchen Kuchen weg, wenn Tarifverhandlungen erfolgreich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgehen. D. h., das Geld, das wir hier im Haushalt dann noch zur Verfügung haben, wird immer weniger. Und genau diese Spaltung ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Wir möchten ein Klima schaffen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr wohl das Recht darauf haben, aber die Kommunen auch dementsprechend mit Geld ausgestattet sein müssen. Das ist etwas legitimes. Alle anderen Diskussionen, zu sagen, lass sie doch streiken, wir machen dann unser Ding, würden wir in keinsten Weise unterstützen. Insofern sind wir schon solidarisch mit denen, die auch in Verwaltungen arbeiten.

Der zweite Punkt ist die Kreisumlage: Im Finanzausschuss ist dieses Thema nicht intensiv beraten worden. Es hat im KVPA eine Rolle gespielt. Selbst wenn wir uns dem Altmarkkreis Salzwedel angliedern, wären es fast 30 €/Einwohner. Ich will auch auf eine Problematik hinweisen: Wir hatten die Gemeindegebietsreform. Viele Gemeinden, die im Rahmen der freiwilligen Phase gesagt haben, wir machen das schnell, bekommen die sogenannten Kopfprämie. Und das, was sie jetzt zusätzlich im Haushalt haben, wollen wir Ihnen jetzt wegnehmen. Wir haben nicht ohne Grund gesagt, dass wir die Kreisumlage über Jahre nicht erhöhen wollen. Wenn wir aber jetzt so herangehen, dann machen wir nichts anderes, als uns in die Logik zu begeben, wie sie Land und Bund derzeit vollziehen. Das sollten wir nicht tun; das wäre unsolidarisch.

Unsere Fraktion wäre für den Vorschlag, wirklich mal grundsätzlich an diese Problematik heranzugehen und nicht nur in den Ausschüssen dazu zu wettern. Man sollte in Erwägung ziehen, eine Klage vorzubringen, denn strukturelle Probleme bekommen wir hier unten nicht gelöst. In unserem Haushalt haben wir keine Schiebemasse mehr. Wir können nicht mehr sagen, da wollen wir mehr oder da wollen wir weniger. Das sollten wir gemeinsam anpacken.

Herr Dr. Stephan sagt, dass die strukturellen Probleme da sind. Und die Nachrichten, die Frau Kunert aus Berlin mitbringt, kann man ja nur so interpretieren, dass das alte Sprichwort „Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst“ offensichtlich in Berlin Gültigkeit hat. Ich sehe es auch so, dass wir es alleine nicht packen und dass wir die möglichen Schritte gehen müssen, die uns helfen.

Beim Lesen unseres vorgelegten Haushaltes kann keine so rechte Freude aufkommen. Auch der letzte Satz im Vorbericht, in dem uns zum Vermögenshaushalt mitgeteilt wird, dass in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 keine Neuverschuldung geplant ist, kann über die schwierige Lage nicht hinweg täuschen. Der Verwaltungshaushalt ist im erheblichen Umfang wieder unausgeglichen. Der Fehlbedarf ist im Vergleich zum Haushaltsplan 2007 um fast 2 Mio. € gestiegen und im Vergleich zum vorläufigen Endergebnis 2007 sogar um 5,5 Mio. €. Der strukturelle Fehlbedarf ist fast genauso hoch, wie der des Planansatzes 2007 und damit um mehr als 3 Mio. € höher als der des vorläufigen Ergebnisses für 2007. Die Löcher werden immer größer und wir schieben sie von Jahr zu Jahr weiter. Die Zielstellung, die wir zum Finanzplan 2008 hatten, konnte nur zu 54 % erreicht werden. Dabei sind ja die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, wenn auch nur geringfügig, aber immerhin gestiegen. Sowohl die Einnahmen aus der Kreisumlage als auch die Einnahme aus der Gewerbesteuer sind gestiegen. Für die Zahlungsfähigkeit der Kreiskasse aber ist der in der Haushaltssatzung 2007 geschaffene Kassenkreditrahmen, den wir mit 50 Mio. € festgesetzt haben, auch in diesem Jahr wieder unbedingt erforderlich. Das tut weh, weil wir nämlich Zinsen zahlen müssen. Veranschlagt sind immerhin 1,1 Mio. € die wir nur zur Bedienung der Kassenkredite ableisten müssen.

Was ist zu tun? Wir haben uns in der Fraktion schon ausführlich mit der Haushaltsvorlage beschäftigt, insbesondere aber, und das ist ja der Schwerpunkt, den der Landrat hier gesetzt hat, mit den Leistungen nach dem SGB II und hier wiederum mit den Kosten der Unterkunft. Diese steigen von Jahr zu Jahr. Der Planansatz orientiert sich am vorläufigen Ergebnis 2007 in einer Höhe von 35,1 Mio. €. Zusammen mit den Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden für die soziale Sicherheit im Landkreis fast die Hälfte der Gesamtausgaben verbraucht. Und das alles bei sinkenden Arbeitslosenzahlen. Im Vorbericht zum Haushalt wird bereits vorsorglich darauf hingewiesen, dass die rückläufige Zahl der Bedarfsgemeinschaften keine Verminderung des Bedarfs an Kosten der Unterkunft erwarten lässt. Begründet mit Steigerungen in den Energiekosten usw. Wir meinen aber, dass der Landrat vielleicht noch dichter an diesem Thema dran bleiben muss, und das im stärkeren Umfang als wie es vielleicht bisher der Fall war. Der Missbrauch von Leistungen muss unterbunden werden. Die neue Rechtslage gestattet z. B. Jugendlichen unter 25 Jahren nicht mehr, eine eigene Wohnung auf Kosten des Steuerzahlers zu unterhalten. Ich habe mich diesbezüglich erkundigt. Es gibt für diese Fälle auch keinen Bestandsschutz. Hier müssen wir also herangehen und die illegitimen Mietverhältnisse unterbinden. Damit werden ja richtig Geschäfte gemacht. Es wird weiter untervermietet und das Geld dann für den eigenen Lebensunterhalt noch weiter verbraucht. Dies muss geprüft werden, und zwar im stärkeren Umfang als bisher. Ganz entschieden aber muss die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften reduziert werden, das diejenigen, die Arbeit haben, nicht mehr länger darauf angewiesen sein müssen, Kunde bei der ARGE zu sein. Es ist eine Schande, wenn z. B. eine Friseurin mit einem Stundenlohn von 4 € leben muss. Arbeit muss wieder einen Wert haben. Der Stempel, der den arbeitenden Sozialhilfeempfängern verpasst wird, der diskriminiert diese. Das ist nicht menschenwürdig. Diese Entwicklung müssen wir aufhalten und da muss sich etwas ändern. Wenn die Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können, nur dann gehen auch die Belastungen der öffentlichen Hand zurück. Wir erleben es hier an unserem Haushalt, dass wir da etwas tun müssen. Sicherlich ist ein wichtiger Weg die Einführung von Mindestlöhnen. Das können wir hier nicht beschließen. Aber wir möchten darauf hinweisen. Wir sehen an den Zahlen unseres eigenen Haushaltes, wie dringend notwendig Entscheidungen in diese Richtungen sind.

Zum Glück können wir, wenn auch nur im geringen Umfang, noch immer freiwillige Leistungen finanzieren. Es ist wichtig, dass die Museen, die Musikschule und die Volkshochschule gefördert werden und dass die Bibliothek unterstützt wird. Der Umfang der gesamten Ausgaben für Kultur (Einzelplan 3) macht aber gerade 1 % des gesamten Verwaltungshaushaltes aus. Und auch der Einzelplan 5, also das, was wir für Gesundheit, Sport etc. ausgeben, ist 1 % des Gesamthaushaltes. Das ist zu wenig.

Zum Vermögenshaushalt: Der Vermögenshaushalt reduziert das Investitionsvolumen für eigene Investitionen und für Zuschüsse an Dritte auf 6,3 Mio. €. Von dem genannten Gesamtumfang von 19,4 Mio. € wird der Löwenanteil für die Umschuldung von Krediten und für Tilgung gebraucht. Dazu hatten wir uns hier verständigt. Wir hatten den Beschluss für die langfristige Konsolidierung hier im Kreistag beschlossen, und deshalb ist es auch wichtig, dass wir dran bleiben und das weiter so durchführen. Wichtig ist, dass im Vermögenshaushalt

keine Neuverschuldung zugelassen wird und das trotzdem noch die notwendigen Investitionen für Schulen und für den Straßenbau, wie sie vom Landrat vorhin vorgetragen worden sind, durchgeführt werden können.

Der Landkreis hat 10 Mio. € Rücklagen. Allerdings haben wir auch 67 Mio. € Schulden.

Die SPD-Fraktion wird sich sehr intensiv noch einmal in einer Haushaltsklausur im Februar mit dem Haushalt beschäftigen. Im Moment liegt nur der Antrag auf Förderung des Winckelmann-Museums vor. Und damit komme ich zu der Vorlage 380/1. Wir möchten gerne den Kindern, für die der Landkreis verantwortlich ist, d. h. also den Kindern aus den Sekundarschulen, Gymnasien und Förderschulen, freien Eintritt in das Kindermuseum ermöglichen. Hier möchte ich Sie bitten, die Vorlage um die Förderschulen zu ergänzen; diese sind in der Vorlage noch nicht mit aufgeführt. Gekoppelt ist es mit der Bedingung, dass der Landkreis dann allerdings 5 T€ dem Winckelmann-Museum zur Verfügung stellen müsste. Das Winckelmann-Museum wird in privater Trägerschaft der Winckelmann-Gesellschaft geführt. Die Gesellschaft als Träger des Museums ist auf die Einnahmen angewiesen, die ungefähr rund 10 T€ im Jahr ausmachen. Der Anteil, der also vom Kreis mit den 5 T€ übernommen würde, wäre dann die Hälfte - die Hälfte der Kinder, wenn wir das so sehen, die wir im Landkreis haben.

Es liegt der Grundsatz zu Grunde, dass die museumspädagogische Arbeit, die wir hier in einmaliger Weise haben - es ist das einzige Kindermuseum in Sachsen-Anhalt - noch besser zum Tragen kommt. Wir wollen den Schulklassen im vollen Umfang den Besuch ermöglichen. Es zeigt sich aber, dass bisher einige Klassen davor zurückschrecken, weil in den Klassen einzelne Schüler von ihrer sozialen Stellung her nicht in der Lage sind, das Eintrittsgeld zu bezahlen. Aufgrund dessen schrecken dann auch Lehrer, weil sie diese Kinder nicht diskriminieren wollen, davor zurück und sagen, dann gehen wir lieber gar nicht erst hin. Wenn wir den freien Eintritt ermöglichen würden, dann würde das im Interesse der kulturellen Bildung und überhaupt der Bildung unserer Schulen ein wesentlicher Beitrag sein.

Um nun den Haushalt nicht aufzublähen, haben wir uns in der Fraktion unterhalten und haben einen Deckungsvorschlag mit eingereicht. Wir sind auf dem Flugplatzgelände Stendal-Borstel gewesen und haben uns über die Bedingungen vor Ort unterrichten lassen. Wir haben über die Kosten erfahren, die denjenigen gestellt werden, die dort mit Privatflugzeugen oder auch als Geschäftsleute unterwegs sind. Man kann sich hier für 6,40 € Start- und Landegebühr bewegen. Das ist natürlich vergleichsweise ein sehr geringer Betrag, wenn man bedenkt, dass man, wenn man sein Auto in Frankfurt oder in Hannover ins Parkhaus stellt, alleine schon 6 € bezahlen muss oder mehr.

Die SPD-Fraktion hat zum vorliegenden Antrag DS-Nr. 380/1 den Deckungsvorschlag, die Start- und Landegebühren um 25 Cent (von 6,40 € auf 6,65 €) anzuheben. Ich glaube, diese geringfügige Anhebung würde keinen stören. Damit hätten wir bei 20.000 Start und Landungen im Jahr schon diese 5 T€ erwirtschaftet. Wir kleben nicht an diesen Deckungsvorschlag. Wenn der Kreistag sich dazu entschließt, eine andere Möglichkeit zu finden, dann wäre uns das genauso Recht. Wir wollten nur einen Vorschlag unterbreiten. Wichtig ist uns, dass wir hier den freien Eintritt für die Kinder in das Museum damit ermöglichen können. Das ist der Inhalt der ergänzenden Vorlage 380/1.

Herr Dr. Opitz bemerkt, dass das Studium der Haushalte der letzten 5 Jahre nicht dazu angetan ist, hier irgendwelche euphorischen Gefühle zu entwickeln. Ganz im Gegenteil. Ich habe bei den Diskussionen sowohl in unserer Fraktion aber auch darüber hinaus bei den Gesprächen mit den Mitgliedern anderer Fraktionen den Eindruck, dass sich doch im Laufe der Jahre gewisse Depressionen breit machen und zum Teil das ganze schon in Fatalismus ausartet. Fatalismus heißt, es ist eh alles egal. Und Herr Dr. Stephan, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn man dann so eine Summe von 5 T€ irgendwo heraus massiert, ganz gleich wo, ist das auch schon so ein Ausdruck von Fatalismus nach dem Motto, darauf kommt es auch nicht mehr drauf an. Da braucht man nicht einmal einen Deckungsvorschlag. Ich finde den Zweck gut. Die Mittel aber, die man hier irgendwo herausnimmt, sind eigentlich nicht da. Ich habe z. B. heute gar kein Geld mit. Wenn Sie jetzt von mir einen Euro haben wollten, könnten Sie keinen bekommen. Aber so einfach ist das ja beim Haushalt nicht.

Wir haben uns intensiv mit dem Haushalt beschäftigt. Ich habe den Eindruck, dass im Laufe der Jahre der Kern des Übels doch nicht so heraus gearbeitet wurde und auch offensichtlich einigen nicht bekannt ist. Ich gebe gerne zu, mir ging es bis vorgestern, als ich mich dran gemacht habe, genauso. Ich bitte um Nachsicht, auch gerade die Mitarbeiter der Verwaltung, wenn die Zahlen, die ich hier habe, Planzahlen und zum Teil auch

Jahresrechnungszahlen sind. Aber es ist doch ganz interessant, und ich möchte darum bitten, dass wir für die Diskussion des Haushaltes bestimmte Zahlen noch einmal von der Verwaltung zugearbeitet bekommen.

Wir reden oft und viel über die Kosten der Unterkunft und über ALG II. Im Jahre 2002 ist es uns noch gerade so gelungen, den Sollfehlbetrag von 437 T€ durch Rücklagen der Nahverkehrsgesellschaft auszugleichen. Seit dem Jahre 2003 aber, als von ALG II noch gar keine Rede war, hatten wir schon ein strukturelles Fehl im Haushaltsjahr von rund 5,8 Mio. € Dieses Fehl haben wir ein bisschen ausgebaut, aber im Grunde genommen nie verlassen. Ich will nur ein paar Zahlen aus den Jahresrechnungen nennen: 2004 waren es 6,6 Mio. € Defizit. 2005 haben wir fleißig gespart; da waren es nur 6,1 Mio. € Im Jahr 2006 hat es uns dann wieder erwischt; da betrug der Sollfehlbetrag über 7,06 Mio. € 2007 hatten wir mehr Einnahmen. Der Fehlbetrag war hier 6,5 Mio. € In diesem Jahr sollen es planmäßig 9,85 Mio. € werden. Eine Steigerung also. Lassen wir aber mal das Jahr 2008 weg, weil man noch keine Jahresrechnung hat. Vielleicht erwischt uns ja noch das eine oder das andere positive. Es verbleibt dann die schlichte Feststellung, dass wir seit 2003 jedes Jahr zwischen 6 und 7 Mio. € Defizit hatten. Woher kommt das? Es kommt, und da habe ich mich selbstpersönlich durch meine Zahlen, wenn sie denn stimmen, Belehren lassen müssen, nur zu einem geringen Teil aus den Kosten der Unterkunft und aus ALG II. Die Versprechung der damaligen Bundesregierung, dass die Kommunen entlastet werden, ist schon mal nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil, es ist durchaus eine Mehrbelastung entstanden. Ich habe mich einmal bemüht, die Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an den Landkreis insgesamt aufzuschreiben, d. h. nicht nur die allgemeinen Zuweisungen, sondern alles, was damit zusammen hängt, bis hin zu den Zuweisungen, die dieses Jahr zur Eingliederung wegfallen. Wir haben im Vergleich zum Jahre 2000, als wir noch 49,3 Mio. € Zuweisungen insgesamt hatten, bis zum Jahre 2005 eine geringere Zuweisung von 9,38 Mio. € Das war der absolute Tiefpunkt. Wenn man die Zahl des Jahres 2000 mit den Planzahlen 2008 vergleicht, sind es wieder 7 Mio. € Im Jahr 2007 war es etwas weniger (6,25 Mio. €). Lasse ich mal 2005 weg und sage gut, es ist aufwärts gegangen in unserem Lande, dann sehen Sie ganz locker, dass das strukturelle Defizit der Haushalte seit dem Jahre 2003 von der Größenordnung her von 6 bis 7 Mio. € in etwa übereinstimmt. Ich habe mir dann einmal angeschaut, ob denn sonstige Kosten angestiegen sind. Man muss dem Landkreis und dem Landrat zugute halten, dass er sich sehr bemüht hat, die Personalkosten in den Griff zu bekommen. 2002 hatten wir Personalkosten von 26,7 Mio. € Diese sind 2008 im Plan, mit Risiko der Abschlüsse, bei 25,9 Mio. € Das sind immerhin 0,8 Mio. € weniger. Wir haben also eingespart. Und wenn man wie ich in der Verwaltung arbeitet und weiß, dass es nicht so einfach ist, sich von Personal zu trennen, dann ist das schon eine besondere Leistung, zumal man ja auch immer den Ehrgeiz hat, die Aufgaben, die einem übertragen worden sind, zu erfüllen.

Zum Fakt der Kosten der Unterkunft: Die Belastung ist im Vorbericht aufgezeigt. 2004, als wir ALG II noch nicht hatten, waren die Kosten für den Kreishaushalt 10,6 Mio. € Im Jahr 2008 beläuft sich die Gesamtbelastung für Kosten der Unterkunft und andere soziale Belange auf 15,4 Mio. € Das macht einen Anstieg von 4,8 Mio. € aus. Man könnte meinen, dass ist ein dicker Brocken. Natürlich muss man sich auch den Personalkostenblock ansehen. Man muss wissen, dass bei der ARGE 49 Mitarbeiter aus den Verwaltungsgemeinschaften und 48, davon 13 befristet, vom Landkreis beschäftigt sind. Dafür erhalten wir die Personalkosten erstattet. Hier muss man schon mal ehrlich sein. Für die Kommunen sind das schon mal 2 Mio. € im Jahr, die wir nicht mehr haben. Früher waren wir zur Sozialhilfe herangezogen. Unsere Mitarbeiter z. B. kamen ausschließlich aus der Sozialhilfe. Diese haben wir nicht mehr. Dazu kommen noch die Mitarbeiter des Landkreises. Die 13 befristeten Beschäftigten ziehe ich mal ab, weil der Landkreis sie vorher noch nicht hatte, die er jetzt befristet in „den Topf“ mit aufgenommen hat. Das sind 3,4 Mio. € Entlastung. Wenn man das einmal gegenrechnet (4,8 Mio. € mehr, 3,4 Mio. € Entlastung), bleibt man bei einer zusätzlichen Belastung insgesamt (Gemeinden plus Landkreis) von 1,34 Mio. € Das ist immer noch ein dicker Brocken. Ich wollte damit nur dokumentieren, dass es nicht die Masse ist. Ich bin einer der ersten gewesen, der gesagt hat, dass es doch wohl nicht wahr sein kann, dass die Bundesregierung Gesetze beschließt und wir dafür die Kosten tragen müssen. Es ist eine ganz negative Entwicklung. Abgesehen davon, dass wir ja nicht entlastet werden, wie uns das versprochen wurde. Ich meine, dass der Schwerpunkt bei den Finanzverteilungen im Land gelegt werden muss. Nun weiß ich natürlich auch, wer im Landtag sitzt, sieht die Probleme des Landes und sieht die Kosten, die das Land hat. Überall da, wo man sitzt, hat man zumindestens 75 % seines Herzens dort auch dran gehängt. Aber ich denke mal, hier ist der Ansatzpunkt.

Auch zur Kreisumlage habe ich einiges zusammen gestellt. Wir sind als Landkreis sehr moderat mit der Kreisumlage umgegangen. Im Jahre 2000 hatten wir 22,13 Mio. € Dann war für zwei Jahre Ruhe. Erst im Jahre 2003 stieg die Kreisumlage um 2 Mio. € an. Wenn wir die Kreisumlage so ansetzen, wie sie jetzt angesetzt ist, hätten wir rund 4,5 Mio. € mehr als im Jahre 2000. Hier sollte man ganz vorsichtig sein. Ich meine, dass die

Gemeinden ihren Anteil an dem Defizitausgleich schon mal recht ordentlich geleistet haben, was nicht bedeutet, dass wenn es tatsächlich entsprechende Entwicklungen bei den Eigeneinnahmen (sprich bei den Steuern) gibt, natürlich auch weiterhin die Gemeinden ihren Anteil leisten müssen. Ich würde vorschlagen, dass wir im Haushalt, den wir im März beschließen wollen, bei dem alten Hebesatz bleiben. Es ist psychologisch für die Landesverwaltung unglücklich, wenn man diesen Hebesatz verlässt. Das ist zwar eine wunderbare Zahl. Es ist immer von Hundert. Und wenn Hundert groß ist, ist die Zahl klein. Und wenn Hundert größer wird, wird die Zahl größer. Und wenn Hundert kleiner wird, wird auch die Zahl der Kreisumlage kleiner. Aber gerade letzteres ist ja offensichtlich sehr, sehr schwierig. Ich schlage vor, es so zu tun. Nur nebenbei bemerkt kostet es die Stadt Tangermünde 50 T€ Mehr fällt uns nicht leicht, weil wir natürlich auch unseren Verwaltungshaushalt auf Kante gekippt haben.

Folgendes bitte ich ebenfalls noch einmal zu überprüfen: Ich gehe mal davon aus, dass es dem Landkreis nicht gelingt, wesentlich Personalkosten einzusparen. Wesentlich heißt, mindestens diese 7 Mio. € Es sind ja schon mehr aufgelaufen. Wir sind jetzt bei 24 Mio. € insgesamt. Ich gehe davon aus, dass die Kosten der Unterkunft nicht wesentlich sinken, sondern vielleicht so vor sich hin dümpeln; mal ein bisschen weniger werden, aber ansonsten gleich bleiben. Und dann gehe ich mal weiter davon aus, dass auch die Sachkosten nicht wesentlich geringer werden, weil schon alleine die Energiepreise steigen werden. Dann bleibt am Ende theoretisch nur noch wieder die Kreisumlage, wenn das Land kein Einsehen hat oder keine Quelle findet und der Bund und die Länder sich nicht einigen. Ich habe mal ausgerechnet, wie hoch denn die Kreisumlage wäre, wenn man zunächst einmal diese 6 bis 7 Mio. € ausgleichen würde? Sie würde um 130 % steigen. Für die Stadt Tangermünde bedeutet das z. B. die gesamten allgemeinen Zuweisungen plus noch einmal 150 T€ Das würde heißen, dass in unserer Stadt, und das wäre überall woanders auch das gleiche, natürlich die Lampen bei den freiwilligen Leistungen ausgehen. Oder aber, wir leben von Kassenkrediten und tun genau das, was der Landkreis leider jetzt in diesem erheblichen Maße tun wird. Und wenn man das andere noch dazu nimmt, nämlich das, was wir bis 2015 aufholen müssen, dann kommen wir auf eine Steigerung von fast 150 %. Alleine das sich mal auszurechnen, ist Horror. Und noch eines: wir dürfen natürlich nicht vergessen, dass durch die Kreisfusion sich einige Landkreise durchaus besser positioniert haben. Ich hatte mir mal ausgerechnet, wie denn so etwa die Pro-Kopf-Steueraufkommen der einzelnen Landkreise aus den Gemeinden heraus ist. Da liegen wir ganz weit hinten. Ganz oben ist Merseburg-Querfurt, der mit dem Saalekreis fusioniert hat. Sie haben etwas über 500 € Einwohner Steuereinnahmen. Wir liegen mal gerade so bei 302 € EW. Selbst Salzwedel liegt schon deutlich über uns. Wenn man also solche Zahlen wie Pro-Kopf und Hebesatz etc. hört, dann muss man sicherlich auch wissen, dass das Steueraufkommen in diesen Kreisen, bis auf Mansfeld-Südharz, bedeutend geringer ist und wir am vorletzten Ende der 11 Landkreise liegen, die es noch gibt. Das muss man wissen, bevor man einen Schnellschuss macht und sagt, na ja gut, dann werden wir mal sehen, dann ziehen wir alle gleich. Dann muss man sich also nicht wundern, wenn irgendwo die Lampe am Stadion ausgeht.

Meine Bitte an den Landrat ist, dass die Verwaltung den Gesamtfehlbetrag im Ist der jeweiligen Haushaltsjahre, die Zuweisungen gesamt des Landes Sachsen-Anhalt, die Kreisumlage und die Ausgaben Personalkosten, jeweils ab 2000, sowie die Kosten der Unterkunft und Sozialhilfe ab 2000 für uns aufarbeitet. Ich glaube, dass ist hilfreich.

Ich denke mal, die Zahlen sind ganz interessant und wichtig. Es ist vor allen Dingen wichtig für eine beabsichtigte Klage. Wir fallen hinten runter, wenn irgend ein Vertreter des Landes sagt, dass man ja super gerechnet habe, aber wo sind denn die Personalkosten, die die Kommunen seit 2005 erstattet bekommen. Wir müssen wirklich hieb- und stichfeste Zahlen nachweisen und wir müssen nachweisen, dass wir uns bemüht haben, auch über die Erhöhung der Kreisumlage, soweit es irgend vertretbar ist, hier einen Beitrag zu leisten. Dieses Material ist also nicht nur für die Kreistagsmitglieder, sondern es wäre auch eine gute Vorbereitung für eine solche Klage. Und dann sollte man ins Rennen gehen. Ob wir damit durchkommen oder ob wir alle nur mit den Achseln zucken, das weiß ich nicht. Ich glaube, in den neuen Bundesländern, auch in Sachsen-Anhalt, gibt es mittlerweile eine Ungleichentwicklung, und man muss dieser ungleichen Entwicklung einfach Rechnung tragen. Man kann uns eben nicht vergleichen mit bestimmten Leuten, wo eine Kommune 47 Mio. € jährlich Gewerbesteuer hat. Das muss man einfach alles wissen und muss es vortragen, sonst wird man Schiffbruch erleiden. Ich will auch einen Beitrag dazu leisten, dass man endlich mal erkennt, woran es liegt und wo wir wirklich ansetzen müssen, was haben wir getan, was können wir noch tun und wo haben wir vielleicht sogar noch hier und da ein kleines Pölsterchen. Da muss man sich natürlich auch die Ergebnisse der Städte ansehen. Wie sieht es aus, wie ist die Gewerbesteuerentwicklung gewesen. Kann man hier noch einmal ein bisschen Nachziehen? Das muss man offen und ehrlich darlegen. Und dann kann man auch an die Stellen gehen, die letztendlich für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind. Wenn die sich nicht bewegen, dann

werden wir allerdings, so wie viele Städte in den Altbundesländern, insbesondere Nordrhein-Westfalen, mit einem Defizit von „x-hoch-sonstwo“ irgendwie leben. Ich kenne Städte, die haben über 100 Mio. € Defizit und beschließen jedes Jahr frisch fröhlich ihren Haushalt. Das würde ich eigentlich nicht wollen. Dazu bin ich noch nicht lange genug in der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Rettig hat 2 Bemerkungen zu seinen Vorrednern und sagt, dass die Fraktion der gleichen Auffassung ist wie Herr Dr. Opitz. Das, was Bund und Land gegenüber den Kommunen verschulden, können wir nicht im gleichen Maße an die Kommunen weiterleiten, indem wir die Kreisumlage erhöhen, wo viele Kommunen und gerade auch die kleinen Gemeinden schon keine gedeckten Haushalte mehr haben.

Zur Frage des Sozialmissbrauchs, die Herr Dr. Stephan angesprochen hat: Es sind Sozialfahnder eingestellt. Die Ergebnisse ihrer Arbeit zeigen, dass der Sozialmissbrauch nicht annähernd in dem Maße vorhanden ist, wie das mal in den Medien hochgeputscht wurde. Hier die Kosten der Unterkunft durch die Senkung des Sozialmissbrauchs zu senken, ist eine Illusion. In diese Richtung können wir also überhaupt nicht mitgehen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion: Wir beantragen, den vorliegenden Antrag DS-Nr. 380/1 in den Ausschüssen zu beraten. Dieser gehört ganz einfach auch in den Wirtschaftsförderungsausschuss, in den Finanzausschuss, in den Jugendhilfeausschuss oder in den Sozialausschuss. Er ist auch qualitativ noch zu überarbeiten. Weshalb bezieht man sich ausschließlich, wenn man schon das pädagogische Prinzip nimmt, auf die Trägerschaft für Schulen. Man verweist hier auf die Stadt Stendal, die im Altmärkischen Museum freien Eintritt gewährt. Ich habe in der Satzung nachgeschaut. Sie gewährt diesen freien Eintritt nicht nur für Schulen, für die die Stadt Stendal Träger ist, sondern für alle. Ich kann nur auf unseren Antrag zum Sozialpass verweisen und auf den Antrag der Kinderarmut, der gegenwärtig in den Ausschüssen beraten wird. Wenn es um Chancengleichheit für alle im Bereich der Bildung geht, sollte man nicht diesen Unterschied machen. Man muss ehrlich sein, wenn man hier heraus arbeitet, dass die Stadt Stendal ihren Anteil seit 2000 nicht erhöht hat, trotz steigender Betriebs- und Energiekosten. Gesagt werden muss auch, dass der Anteil der Stadt Stendal mit 153.400 € sehr hoch ist und Personalkosten beinhaltet, wobei das Personal seit 2000 zurückgefahren wurde. Der Anteil für Betriebskosten ist also schon gestiegen. Mit dieser Aussage hier können wir nicht Stadt und Kreis gegeneinander ausspielen. Und der vorgelegte Deckungsvorschlag geht eigentlich richtig ins Leere, weil die Zahlen nicht stimmen, wenn man davon ausgeht, dass der Landkreis 105 T€ zuschießt. Es ist eben nicht so. Wir haben eine Betreibergesellschaft. Der Landkreis konkret, das kann man aus den Wirtschaftsplänen ersehen, gibt 57.750 €, die Stadt Stendal 31.500 €, die Stadt Tangermünde 10.500 € und selbst der Aero-Club noch 5.250 €. Der Anteil des Landkreises sind also 54,8 %. Diese 105 T€ sind auch ein Deckungsausgleich für ein Defizit. Wenn wir also durch Start- und Landegebühren das Defizit verringern, verringert sich auch der Zuschuss aller 4 Betreiber. Da bleiben nicht irgendwo 5 T€ auf einmal über. Das heißt also, grundsätzlich gehen wir mit diesem Antrag, mit dem Sinn und Zweck, mit, aber er muss qualifiziert werden. Es gibt ganz bestimmt auch andere Möglichkeiten der Deckung. Und da denke ich, sind 5 T€ nicht zu viel.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

zu TOP 8.1 Antrag SPD-Fraktion: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, hier: Winckelmann-Museum Stendal - freier Eintritt für Schulklassen
Vorlage: 380/1

Der Kreistag nimmt den Antrag zur Kenntnis.

zu TOP 9 Namensänderung für das Diesterweg- Gymnasium Tangermünde, Lindenstr. 44, 39590 Tangermünde
Vorlage: 383

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage Drucksache Nr. 383.

zu TOP 10 Namensänderung für die Ganztagschule - Sekundarschule Stendal, Blumenthalstraße 40

Vorlage: 384

Wortmeldungen bestehen keine.
Einstimmig beschließt der Kreistag die Vorlage Drucksache Nr. 384.

**zu TOP 11 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2004/05 bis 2008/09 für den Landkreis Stendal - Förderschule für Lernbehinderte "Dr. Albert Steinert" Messdorf
Vorlage: 385**

Frau Theil erinnert daran, dass in dem Beschluss zur Schulentwicklungsplanung, die jetzt noch ihre Gültigkeit bis zum Jahre 2008/09 hat, ein Bestand für diese Schule bis zum Schuljahr 2004/05 ausgewiesen wurde. Es sollte dann jedes Jahr geprüft werden, inwieweit die Schule weiterhin Bestand hat. Die Schülerzahlen haben rapide abgenommen. Zur Zeit lernen an dieser Schule 41 Schüler, und im nächsten Schuljahr werden es nur noch 30 sein. Aufgrund der extrem niedrigen Schüleranzahl sah sich das Landesverwaltungsamt veranlasst, dass eine Lehrerstundenzuweisung nicht mehr gegeben ist. Man hat uns nahegelegt, diese Schule zum kommenden Schuljahr zu schließen. Die Neuordnung der Schüler, die in der LB-Schule Messdorf bislang beschult wurden, erfolgt anteilig auf die Förderschulen für Lernbehinderte nach Osterburg bzw. in die „Pestalozzi“ Stendal. Der Einzugsbereich der LB-Schule Messdorf umfasste 6 Grundschulen. In der Vorlage ist aufgezeigt, wie die Gliederung sein wird, welche Grundschulen ihre Kinder nach Osterburg und welche nach Stendal schicken werden.

Im Fachausschuss wurde nachgefragt, was mit der Immobilie werden soll. Diesbezüglich gibt es noch keine abschließende Lösung. Dem Landkreis gehört ja die Schule, der Park und die Villa. Wir sind vorab mit der Gemeinde, mit dem Bürgermeister Herrn Lenz, ins Gespräch gekommen. Nach Beschlussfassung des Kreistages werden wir die Gespräche intensivieren.

Die Investitionen für die LB-Schule Messdorf haben ja 1997/98 auch den Kreistag sehr bewegt. In dieses Objekt sind über mehrere Jahre hin insgesamt ca. 500 T€ geflossen. Das hatte aber seine Berechtigung. 1997/98 ist dort in Fachunterrichtsräume investiert und das Dach saniert worden. Des weiteren flossen Mittel für die Brandschutzsicherung, sprich 2. Fluchtweg. An die seinerzeit geführte Diskussion werden sich bestimmt noch viele Kreistagsmitglieder erinnern. Egal, wie lange diese Schule Bestand gehabt hätte, die Investitionen hatten ihre Berechtigung. Immerhin ist ja seit der Zeit dieses Objekt 10 Jahre als Schule genutzt worden.

Herr Berlin äußert, dass man nie über eine Schulschließung begeistert ist. Wir müssen uns aber nicht entschuldigen, was wir in Schulen rein gesteckt haben. Das ist zwar ehrenhaft von Frau Theil gewesen, aber das müssen wir nicht tun. In Tangermünde hatten wir in eine Grundschule mal eine Mio. € investiert. Bei Lok Stendal haben wir viel mehr versenkt. Für Investitionen an Schulen, so schlimm wie es ist, wenn wir sie nach 10 oder 15 Jahren schließen, müssen wir uns nicht entschuldigen. Da muss sich keiner zu Schade sein. Jeder Euro, den wir in eine Schule rein stecken, hat seinen Sinn und seinen Wert.

Mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen, beschließt der Kreistag die Vorlage Drucksache Nr. 385.

**zu TOP 12 Wappennutzung durch den Altmärkischen Gehörlosenverein Stendal
Vorlage: 382**

Es bestehen keine Wortmeldungen.
Einstimmig beschließt der Kreistag die Vorlage Drucksache Nr. 382.

**zu TOP 13 Vorbereitung der Wahl der/des 2. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 387**

Wortmeldungen bestehen keine.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage Drucksache Nr. 387.

zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Herr Graubner fragt, ob es Neuigkeiten zum Sachstand der Brücke am Bahnhof in Osterburg gibt?

Der Landrat antwortet, dass er heute zufällig ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Osterburg hatte. Dieser sagte, es soll seit einigen Tagen eine grundsätzliche Zusage der Bahn an das Land gerichtet geben, diese Aufzüge zu bauen. Nähere Details wusste er auch noch nicht. Er geht aber davon aus, dass es im Laufe des Jahres dann realisiert wird.